

# BWS Beschäftigungswerkstätte der Region Olten-Gösgen-Gäu

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Oltner Neujahrsblätter**

Band (Jahr): **52 (1994)**

PDF erstellt am: **08.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-659754>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## BWS Beschäftigungswerkstätte der Region Olten-Gösgen-Gäu

### Markante Verschlechterung der Arbeitslage

Nach einer längeren Phase von Hochkonjunktur und eines überaus ausgetrockneten Arbeitsmarktes hat sich das wirtschaftlich/konjunkturelle Umfeld im Laufe des Jahres 1991 ins Gegenteil verändert. Sowohl gesamtschweizerisch wie auch in unserer Region gibt es Betriebsschliessungen, Entlassungen, Kurzarbeit und eine ständige Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Ganzarbeitslosen im Kanton Solothurn ist von Ende Dezember 1990 mit 374 Personen (Arbeitslosenquote 0,35%) bis Ende Juli 1993 auf 5749 Personen (Arbeitslosenquote 4,7 %) gestiegen und dürfte bis Ende 1993 weiter ansteigen.

Von Arbeitslosigkeit sind vor allem ungelernete Arbeitskräfte, Lehrabgänger und ältere Mitmenschen betroffen. Da der Arbeitsmarkt nur beschränkt aufnahmefähig ist, verlängert sich zudem die Dauer der Arbeitslosigkeit. Menschen, die vorher im Arbeitsprozess integriert waren oder sich ausgebildet haben, trifft der Verlust einer Arbeitsstelle materiell, sozial und psychisch schwer.

### Beschäftigungsprogramme – Ein wirkungsvolles Instrument im Kampf gegen die Arbeits- losigkeit und ihre Folgen

Um die durch die zunehmende Arbeitslosigkeit entstehenden Probleme zu bekämpfen, wurde auf Initiative der Gemeindepräsidenten der Region OGG im April 1992 eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Unter Federführung des Präsidenten Ernst Gomm evaluierte die neunköpfige Arbeitsgruppe folgende Ziele:

- Verbesserung der Vermittelbarkeit der Arbeitslosen durch gezielte Aus- und Weiterbildung
- sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten für schwer vermittelbare Arbeitslose

Für die Arbeitslosen der Region OGG konnten im Bereich der Aus- und Weiterbildung die gesteckten Ziele in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Arbeitsamt rasch erreicht werden. Heute werden vorwiegend durch Berufsschulen und private Institute Kurse in einer breiten Palette angeboten (EDV, CAD, Sprachen). Hinzu kommt ein gegenwärtig laufender Grundkurs für Lageristen. Denn diese Ausbildung füllt eine Lücke, die aufgrund einer Umfrage bei regionalen Unternehmungen festgestellt worden ist.

Das zweite Ziel zu erreichen, nämlich die Schaffung einer Beschäftigungswerkstätte für die von der Aussteuerung bedrohten Arbeitslosen mit einem entsprechenden Programm, erwies sich in der Folge als recht schwierig und zeitaufwendig.

Um dieses grosse Projekt zu realisieren, schlossen sich die Einwohnergemeinden der Region OGG zu einer einfachen Gesellschaft mit Solidarhaftung zusammen. Die über 30 Regionsgemeinden bilden gleichzeitig auch die Trägerschaft. Nachdem die Finanzierung gesichert war – das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit befreit aus dem Fonds der Arbeitslosenkasse 50 %, der Kanton Solothurn übernimmt weitere 40 %, und die restlichen 10 % übernehmen die zusammengeschlossenen Gemeinden – konnten die Anstellung eines Projektleiters und die Suche nach Gebäulichkeiten in Angriff genommen werden. Per 1. Dezember 1992 konnte ein gut-

ausgewiesener Projektleiter in der Person von Viktor Bürgi – von dessen Initiative und Unternehmungsgeist der Erfolg weitgehend abhängt – eingesetzt. Schon bald wurden geeignete Räumlichkeiten – die ehemaligen Geschäftsräume der Lederwarenfabrik Stöckli – an der Aarburgerstrasse in Olten zur Miete gefunden.

Schliesslich hat die Trägerschaft für das Arbeitslosenprojekt in der Region Olten-Gösgen-Gäu dank grossem Einsatz der Arbeitsgruppe und des Projektleiters per 1. Januar 1993 die Beschäftigungsprogramme – in dem schwervermittelbaren Arbeitslosen eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit geboten wird – realisiert. Eine wichtige und vor allem in einer Zeit permanenter und zunehmender Arbeitslosigkeit dringend nötige Institution.

### Sinnvolle Beschäftigungsmög- lichkeiten in den Bereichen Metallbearbeitung, Holzwerk- statt, Recycling und Montage

In den verschiedenen Abteilungen werden arbeitslose Frauen und Männer je nach ihren Neigungen und Fähigkeiten sinnvoll beschäftigt und für den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben requalifiziert.

Die verantwortlichen Führungskräfte der BWS sind bestrebt, durch psychologische Beratung und Betreuung das geschwächte Selbstwertgefühl von Arbeitslosen zu stärken und sie zu ermutigen, neue berufliche Wege zu gehen. Unter fachkundiger Leitung werden Arbeitslose mit neuen Technologien (Maschinen, Werkzeugen usw.) vertraut gemacht, damit bei einem erneuten Stellenantritt neues technisches Wissen bereits vorhanden ist. Auf

geeignete Kurse, die zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation beitragen, wird aufmerksam gemacht.

Unter fachlicher Führung und Schulung werden in der Abteilung «Metallbearbeitung» einfache oder komplexere Arbeiten, je nach individuellen Fähigkeiten von Hand oder mit verschiedenen Maschinen ausgeführt. Das Angebot der Metallwerkstätte umfasst die verschiedensten Arbeiten wie Dreharbeiten, Fräsarbeiten, Bohrarbeiten, Montagearbeiten, Lötarbeiten, Schlossereiarbeiten, Bearbeitung von Décoltagekomponenten usw.

In der Holzwerkstatt können die im Projekt Beschäftigten unter fachkundiger Leitung des Schreinermeisters den Umgang mit Holz, den gängigsten Maschinen und Werkzeugen lernen. Selbständig können Gebrauchsgegenstände wie Möbel, Regale, Kinderspielzeuge, Sandkästen usw. hergestellt werden.

Verschiedenste Entsorgungsarbeiten werden in der Abteilung Recycling durchgeführt. Ausgediente Geräte und Apparate werden zerlegt und die einzelnen Materialien soweit als möglich der Wiederverwertung zugeführt. Ebenso können Montagen von einfachen Komponenten bis zu Geräteteilen oder kompletten Geräten durchgeführt werden.

### Keine Konkurrenzierung von Gewerbe, Industrie und sozialen Einrichtungen

Die BWS konkurrenziert weder das Gewerbe noch die Industrie oder soziale Einrichtungen wie z.B. Behindertenwerkstätten.

In der BWS werden ausschliesslich Produkte hergestellt, die bei uns in der Schweiz nicht kostendeckend hergestellt werden können und daher oft im Ausland gekauft werden.

Im Startjahr 1993 können über 100 Frauen und Männer im Arbeitslosenprojekt beschäftigt werden.

Im nächsten Jahr wird diese Zahl sogar noch übertroffen.

Während der dreimonatigen Anstellungsdauer erhalten die Angestellten dieselbe Entschädigung wie vorher über die Arbeitslosenversicherung, werden jedoch nicht ausgesteuert und können so die Anspruchsberechtigung zum Stempeln sicherstellen beziehungsweise wiedererlangen. Damit sind gleichzeitig weitere Ziele erreicht. Mit der Beschäftigungswerkstätte werden Langzeitarbeitslose aus ihrer Einsamkeit, Isolation, Resignation und vielleicht, was besonders wichtig ist, sogar aus einem zunehmenden Suchtverhalten herausgeführt. Die Fürsorgeabhängigkeit wird abgebaut, wodurch die Fürsorgebudgets der beteiligten Gemeinden finanziell entlastet werden können.

